

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reißbeck, am Dienstag, den 16. April 2013, mit Beginn um 19.00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reißbeck.

Anwesend: Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Hans Werner Rindler

Hr. Fr. Elisabeth Mörtl

Hr. Ing. Johann Paul Unterweger

Hr. Herbert Peitler

Hr. Rupert Viehhauser

Fr. Elke Steinwender

Hr. Stefan Burger

Hr. Stefan Gradnitzer

Hr. Ing. Michael Gradnitzer

Hr. Ulf Berger

Hr. Werner Maier

Hr. Ing. Ronald Meixner

Hr. Thomas Stefan

Fr. Melanie Rindler

Hr. Christian Bugelnig

Hr. Christophorus Angermann

Anwesendes Ersatzmitglied:

Fr. Dir. Ing. Herma Hartweger

Hr. Johann Huber

Entschuldigt abwesend:

Hr. Ing. Stefan Schupfer

Hr. Manfred Aichholzer

Weiters anwesend: Fr. Sigrid Aichholzer, Finanzverwalterin

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist vollständig und beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Bericht des Kontrollausschusses
4. Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2012
5. Genehmigung des 1. Nachtragsvoranschlages 2013
6. Sanierung Amtsgebäude; Auftragsvergabe für die neuen Eingangsportale
7. Ehemaliges Postamtsgebäude;
Grundsatzentscheidung zur Nutzung durch die Bergrettung
8. WVA Napplach, Gappen und Siedlung Penk;
Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Gunter Hofer-Moser
9. Einreichung eines Antrages beim „Mölltalfonds“; Unterstützung des Projekts
„Brunnenanlage“ des Verschönerungsvereines Reißbeck
10. Kindergarten Kolbnitz; Erneuerung der Verglasung bei den Gruppenräumen
11. Beschlussfassung und Beratung über die Durchführung diverser Asphaltierungsarbeiten
12. Schwimmbad Reißbeck; Erneuerung der Filterpumpe des Nichtschwimmerbeckens
13. Personalangelegenheiten

Verlauf der Sitzung

Bürgermeister Kurt Felicetti begrüßt das Kollegium des Gemeinderates, die Mitarbeiter sowie die beachtliche Zahl der anwesenden Zuhörer. Er zeigt sich erfreut darüber, dass die per Postwurfsendung erfolgte Einladung zur Sitzung offenbar doch angenommen wird. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden die Gemeinderäte Elke Steinwender und Christian Bugelnig bestimmt. An dieser Stelle trägt der Vorsitzende auch noch nach, dass die heute verhinderten Mitglieder Ing. Stefan Schupfer und Manfred Aichholzer durch die Ersatzmitglieder Dir. Ing. Herma Hartweger und Johann Huber vertreten werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt dem Obmann des Kontrollausschusses, GR Ulf Berger, zur Berichterstattung das Wort. Der Ausschussobmann gibt zunächst einen kurzen Überblick über die am 13. März 2013 erfolgte Sitzung des Kontrollausschusses, welche folgende Punkte zum Gegenstand hatte: Belegprüfung (restliche Belege 2012); Rechnungsabschluss 2012 und Allfälliges. Dabei erwähnt er, dass den Kernpunkt die Behandlung des Rechnungsabschlusses bildete. Das Zahlenwerk zeigt ein erfreuliches Jahresergebnis mit einem Überschuss in Höhe von € 172.174,86 und wurde von der Finanzverwalterin übersichtlich dargestellt, gemeinsam diskutiert und letztlich vom Ausschuss einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Nach der sehr gerafften Berichterstattung ersucht das Ausschussmitglied GR Ing. Johann Paul Unterweger den Obmann, die gesamte Niederschrift zu verlesen, weil dies eigentlich üblich ist und auch einige Kritikpunkte enthalten sind. Der Obmann verliest daraufhin das gesamte Protokoll der Ausschusssitzung vom 13. März 2013.

Danach stellt GV Elisabeth Mörtl die Frage, was es mit den ausständigen Beiträgen für die freiwilligen Schülertransporte vom Hattelberg/Mitterberg auf sich hätte. Referent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler erklärt dazu, dass es vor drei Jahren eine Vereinbarung mit Zustimmung aller betroffenen Eltern gegeben hatte, wonach je Kind und Monat ein Beitrag von € 20,- für den Transport eingehoben wird. Zusätzlich haben sich die Eltern verpflichtet, am Ende des Schuljahres beim Finanzamt die Schulfahrtbeihilfe zu beantragen und diese an die Gemeinde (die ja die Beförderungsleistung erbringt) abzutreten. Leider hält sich ein Großteil der Eltern nicht an diese Regelung und hat die Schulfahrtbeihilfe nicht an die Gemeinde überwiesen/bezahlt. Eine Erinnerung an die betroffenen Eltern hat bisher keine Reaktion gebracht. Er hält diese Vorgangsweise für unfair und nicht im Sinne der Abmachung. Wenn die Beihilfe gewährt wird (wovon bei Antragstellung auszugehen ist), ist der Betrag, der nach der Entfernung bemessen wird und im Schnitt um die € 300,- je Kind und Jahr liegt, auch

abzuliefern. Die Gemeinde wird auf Einhaltung der getroffenen Abmachung bzw. Vorlage der Bescheide pochen.

GR Ing. Johann Paul Unterweger hakt bei seiner Kritik aus der Kontrollausschusssitzung ein, wonach der letztjährige Altentag der Gemeinde auf der SPÖ-Homepage als SPÖ-Veranstaltung angepriesen wird. Wenn der Altentag als Parteiveranstaltung dargelegt wird, wären auch die Kosten von der Partei und nicht von der Gemeinde zu tragen. Er bemängelt, dass diese wichtige Gemeindeveranstaltung im Jahreslauf immer vom Bürgermeister/Sozialreferat in Zusammenarbeit mit dem Familienausschuss organisiert wurde und die Amtsvorgänger das nie als Veranstaltung „ihrer Partei“ dargestellt hätten. Er stellt fallweise eine nicht korrekte Vermischung von Gemeinde- und Parteifunktionen fest, die nicht in Ordnung sei. Konkret sind sich Mitwirkende, wie die Volksschule oder der Sprecher sicher nicht bewusst gewesen, dass sie bei einer „Parteiveranstaltung“ mitgewirkt hätten. Leider gab es bisher keine Reaktion von Seiten des Bürgermeisters, als Verantwortlichem für die Homepage. Die Darstellung des Altentages ist unverändert (12. März 2013) auf der Homepage der SPÖ-Reißeck zu finden und auch die Rechtschreibfehler seien nicht korrigiert worden. Er bleibt daher bei seiner Forderung, dass bei fehlender Reaktion und Richtigstellung durch die SPÖ der Aufwand für die Veranstaltung durch die Partei zu tragen ist.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass er wohl Vorsitzender der SPÖ sei, jedoch nicht die Verantwortung für die Homepage trage. Nach der Neuwahl des Bürgermeisters sei das frühere Serviceteam nicht mehr bereit gewesen mitzuarbeiten und es gab einen entsprechenden Wechsel. Der Altentag selbst wurde mit dem neuen Team – trotz sehr starker Beteiligung – äußerst kostengünstig abgewickelt. Wenn es von Seiten des GR Ing. Johann Paul Unterweger die Forderung gibt, dass die SPÖ die angefallenen Kosten tragen soll, dann kann er einen entsprechenden Antrag stellen. Der Bürgermeister erklärt, dass er in diesem Fall die Kosten aus den Verfügungsmitteln tragen würde, was eine Schmälerung der Mittel für Vereinsunterstützungen zur Folge hätte. Der Altentag selbst sei eine tolle und beliebte Einrichtung für die älteren Bürger, die beibehalten werden soll.

GR Ing. Johann Paul Unterweger bestätigt die Beliebtheit und den Stellenwert des Altentages. Die Kritik richte sich einzig gegen die Darstellung als Parteiveranstaltung. Es sei absolut nicht richtig, Parteiveranstaltungen mit Verfügungsmitteln zu finanzieren. Auch kann sich der Orts-/Gemeindeparteichef nicht als unzuständig für die Homepage der Partei erklären. Die inhaltliche Verantwortung liegt immer beim Chef.

Der Bürgermeister will – wie er sagt – die Diskussion nicht weiter fortführen. Offenbar gibt es noch alte unbewältigte Wunden. Es sei GR Joahnn Paul Unterweger unbenommen, einen Antrag zu stellen. Und er als Bürgermeister kann die Verfügungsmittel einsetzen wie er will. Das geht aus dem Wortlaut schon hervor und er könne daher frei darüber verfügen.

Abschließend meint Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer, dass der stets überparteilich und von der Gemeinde bzw. vom Sozialreferat ausgeschriebene Altentag tatsächlich auf keiner Parteihomepage als Parteiveranstaltung angekündigt und vermarktet werden sollte.

Eine weitere Diskussion unterbleibt und der Bericht des Kontrollausschusses ist somit vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister zeigt sich sehr erfreut darüber, dass der Rechnungsabschluss 2012 einen deutlichen SOLL-Überschuss aufweist. Er spricht den beiden Vizebürgermeistern seinen aufrichtigen Dank für die gezeigte Budgetdisziplin aus und erklärt, dass die Festlegung der Prioritäten zwischen den Referaten immer sehr gut gelingt, weil es eine kollegiale Gesprächsbasis gibt und die notwendigen Entscheidungen dadurch überwiegend gemeinsam und im Konsens getroffen werden können. Nur so lässt sich auch ein erfolgreiches Ergebnis erzielen.

Er informiert den Gemeinderat auch darüber, dass die erfreulichen Einnahmen der Baustelle Reißbeck II in abgeschwächter Form noch länger anhalten werden. Es ist ein Projekt Reißbeck II Plus in Vorbereitung, sodass noch bis 2014 mit zusätzlichen Kommunalsteuereinnahmen gerechnet werden kann. Sodann ersucht er den Finanzreferenten um seinen Bericht zum Rechnungsabschluss.

Vizebürgermeister Hans Werner Rindler streicht ebenfalls das positive Ergebnis hervor und bedankt sich für die gezeigte Budgetdisziplin. Dadurch sei es auch möglich, quasi als Belohnung für gutes Wirtschaften, zusätzliche Bonifikationen bei den einzelnen Strukturkosten zu lukrieren. In seinem Bericht hält sich der Referent überwiegend an die nachfolgenden Erläuterungen zum Rechnungsabschluss:

Ordentlicher Haushalt:

Einnahmen inkl. Soll-Überschuss Vorjahr (€ 63.133,72)	€ 4.440.270,95
Ausgaben	€ 4.268.096,09
Soll-Überschuss	€ 172.174,86

Der Kassenbestand weist ein Plus in Höhe von € 133.822,49 auf.

Der Überschuss ergibt sich aus folgenden wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Voranschlag:

Mehreinnahmen:

Bundesertragsanteile	+ € 50.000
Gemeindeabgaben	+ € 102.900 (davon Komm.St.: 92.700)

Ausgaben:**Nicht realisierte Maßnahmen:**

Renovierungsarbeiten Kindergarten	- € 25.000
Straßensanierungen	- € 15.000

Minderausgaben:

Schneeräumung	- € 20.000
---------------	------------

zu niedrig veranschlagt:

Wirtschaftsleistungen Aushilfen	+ € 40.000
---------------------------------	------------

Die restlichen Einnahmen-/Ausgabendifferenzen gegenüber dem Voranschlag sind eher gering.

Gemeindeeigene Betriebe:

Freibad Kolbnitz: Abgang:	€ 53.800
Schilift Raunigwiese: Abgang:	€ 32.400 (Kalenderjahr - nicht Saison)
Kreuzeckbahn: Überschuss:	€ 4.200

Vom ordentlichen Haushalt sind gesamt € 134.200 an diverse außerordentliche Vorhaben zugeführt worden. So wurde unter anderem der neue Traktor ausfinanziert.

Erfreulicherweise sind nun auch mit der letzten Zuführung in Höhe von € 10.000 die nicht förderfähigen Nebenleistungen im Zuge des Kanalbaues ausfinanziert und abgeschlossen.

Die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit (Müll, Wasser, Kanal und Wohnungen) sind positiv abgeschlossen, wobei jedoch bei der WVA eine Rücklagenentnahme zum Haushaltsausgleich notwendig war.

Der Abgang im Wirtschaftshof steht mir € 46.000 zu Buche, dieser sollte sich jedoch künftig reduzieren, da hinsichtlich der Verrechnungssätze Fahrzeuge und Arbeit bereits reagiert wurde.

Bedarfszuweisungen:

Im Jahr 2012 erhielt die Gemeinde Reißbeck gesamt € 430.712 an Bedarfszuweisungen,

davon: € 124.200 außerhalb des BZ-Rahmens

€ 7.200 Übertrag aus dem Vorjahr

Zweckgebunden für Rückzahlungen an Regionalfonds: € 112.800

Außerordentlicher Haushalt:

Örtliches Entwicklungskonzept:

Überschuss: 12.800 – wird für die Endabre. der Leistungen DI Kaufmann ins RJ 2013 übertragen

LF-A Mercedes Unimog U20 – Feuerwehr Kolbnitz:

Es wurde eine Anzahlung in Höhe von € 94.400 geleistet. Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Mölltalfonds fließen im Frühjahr 2013.

Das Vorhaben wird 2013 weitergeführt und auch ausfinanziert.

Leaderprojekt Bibliothekenlandschaft Oberkärnten:

Vom OH wurden dafür gesamt € 10.500 (Erweiterung: € 5.000) zugeführt. Der dzt. Abgang in Höhe von € 17.000 sollte im RJ 2013 mit den noch ausstehenden Fördermitteln abgedeckt sein.

Sanierung Gemeindefstraßen:

Diese Maßnahme wurde wie vorgesehen mit € 60.000 abgewickelt.

Bergstraßen – Leitschienen und Brückensanierung:

Das Vorhaben wurde mit einem Gesamtaufwand in Höhe von € 25.084,00 finanziert.

Katastrophenschäden 2011:

Das Vorhaben wurde mit den dafür vorgesehenen Bundesmitteln abgeschlossen.

Sanierung Teuchlstraße:

Es wurden für das Baulos bereits gesamt € 123.300 aufgewendet, wobei die Finanzierung aus Mitteln der Straßenbauoffensive – KVI – (BZ außerhalb des Rahmens) in Höhe von € 100.000 erfolgte. Der Abgang von € 23.300 wird ins kommende Jahr übertragen – das Vorhaben wird 2013 abgeschlossen sein – die Ausfinanzierung erfolgt 2014.

B106 Mölltal Straße „OD Kolbnitz“:

Für den Geh- und Radweg sind im RJ 2012 € 62.400 verbucht, wobei die Schlussrechnungen erst im Frühjahr 2013 erfolgen. Dafür wurden bisher Eigenmittel in Höhe von 13.500 und BZ in Höhe von € 51.100 eingesetzt.

Wirtschaftshof / Traktorankauf:

Der Traktorankauf wurde mit einer Summe von € 95.550 wie folgt finanziert:

Veräußerung alter Traktor: € 19.000 / Zuf.v.OH: € 76.550

Ankauf Postamtsgebäude:

Für dieses Vorhaben wurde ein RegionalfondsDarlehen in Höhe von 137.000 in Anspruch genommen.

Rückzahlbar in 5 Jahresraten mit dafür zweckgebundener BZ

WVA/Kanalisation:

Sämtliche Baulose sind im Rechnungsjahr 2012 abgeschlossen, endkollaudiert und ausfinanziert worden.

Die restlichen Fördermittel sind schriftlich zugesichert, daher auch Soll-gestellt. Die Mittel werden im Laufe des Frühjahrs 2013 einlangen.

Thermische Sanierung Amtsgebäude:

Das Vorhaben wurde 2012 mit den div. Schlussrechnungen (Summe: 23.900) finanziell abgeschlossen und auch ausfinanziert.

Schuldenstand der Gemeinde Reißbeck am Ende des Haushaltsjahres 2012:

Gebührenhaushalte Wasser und Kanal: € 5.515.680,01
Ordentlicher Haushalt – Regionalfondsdarlehen: € 458.103,65

Haftungen – Abwasserverband Lurnfeld/Reißbeck und WV Millstätter See: € 2.608.271,00

Personalkosten:

Zentralamt: € 319.800
Wi-Hof inkl. Aushilfen: € 208.900
Schulen: € 60.300

Vertretungskörper: € 74.000

Der Rechnungsabschluss 2012 wurde am 5. Feber 2013 von der Gemeinderevision überprüft und für in Ordnung befunden.

Die auftretenden Fragen können während des Vortrages von der Finanzverwalterin schlüssig beantwortet werden. Sie nutzt auch die Gelegenheit, die Schuldenstände anschaulich darzulegen und die strikte Vorgabe der Eigenfinanzierung der Gebührenhaushalte dem heute anwesenden Publikum zu erläutern. Derzeit kommt das niedrige Zinsniveau der Gemeinde auch bei den laufenden Kreditfinanzierungen für die enormen Infrastrukturmaßnahmen der letzten Jahre sehr entgegen.

Der Bürgermeister spricht der Finanzverwalterin seinen Dank für die vorbildliche Vorbereitung des Zahlenmaterials aus. Sie war ja wegen einer Operation für einige Zeit außer Gefecht und es ist erfreulich, dass sie sich wieder gut erholt hat. Auch er spricht die enormen Investitionen der letzten Jahre im Bereich Kanal und WVA nochmals an und betont, wie wichtig es ist, der Bevölkerung Lebensqualität zu bieten und sie trotzdem nicht finanziell zu überfordern. Er gibt auch der Finanzverwalterin recht, dass das derzeitige Zinsgefüge dazu beiträgt, dass die Gemeinde und damit auch die Bürger die Rückzahlungen für die laufenden Kredite gut bewältigen können.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den Rechnungsabschluss 2012 mit folgendem Ergebnis genehmigen:

Ordentlicher Haushalt:	Einnahmen	€ 4.440.270,95
	Ausgaben	€ 4.268.096,09
	SOLL-Überschuss	€ 172.174,86

AO-Haushalt (Anordnungssoll): Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 1.143.430,02

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Vizebürgermeister und Finanzreferent Hans Werner Rindler bleibt am Wort und erklärt, dass der erste Nachtragsvoranschlag natürlich vor allem deshalb möglich ist, weil das Haushalts-ergebnis 2012 etliche wichtige Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zulässt. Die Änderungen gegenüber dem Urvoranschlag sind in der Gemeinderatsvorlage, die er gemeinsam mit der Finanzverwalterin erläutert, übersichtlich dargestellt:

Ordentlicher Haushalt:

Die Einnahmen und Ausgaben wurden von € 4,163.700 um € 220.500 auf nunmehr € 4,384.200 erweitert.

Die Änderungen sind in beiliegender Aufstellung ersichtlich.

Vom Überschuss 2012 (€ 172.100) bleibt ein Restbetrag in Höhe von € 16.500 stehen.

Außerordentlicher Haushalt:

Erweiterung der Einnahmen und Ausgaben von € 481.900,-- auf NEU € 604.200,--

Vorhaben Anpassungen:**LF-A Mercedes U20 – Feuerwehr Kolbnitz:**

Die Mittel aus dem Mölltalfonds fließen erst 2013, daher Veranschlagung des Gesamtbetrages von € 160.000, somit löst sich der Abgang aus dem Vorjahr auf.

Wirtschaftshof – Ankauf Pritsche:

Diese wurde aus dem Überschuss 2012 mittels Zuführung vom OH finanziert.

Einnahmen: Verkaufserlös alte Pritsche: € 700
Zuführung vom OH: € 34.300

Ausgaben: Fahrzeug € 35.000

Die gesamten Änderungen im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben sind in der Gemeinderatsvorlage in einer Tabelle umfassend dargestellt.

Auftretende Fragen können während des Vortrages geklärt werden. Der Finanzreferent weist außerdem darauf hin, dass mit dem vorliegenden Zahlenwerk die für 2013 zugesagten Bedarfszuweisungen verplant sind.

Nach Abschluss der Beratung stellt GR Ing. Johann Paul Unterweger den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den ersten Nachtragsvoranschlag 2013 wie vorgelegt und erläutert genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass bei der thermischen Sanierung des Amtsgebäudes als letzter Punkt noch der Austausch der Portale zu vollziehen ist. Nachdem die Finanzierung jetzt sichergestellt ist, kann die Vergabe erfolgen. Sodann übergibt er das Wort an Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer zur Berichterstattung.

Der Referent erläutert anhand des vom Techniker erstellten Vergabeentwurfes den Sachverhalt.

„Die Firmen Metalltechnik Schwinger und Die Schlosser haben kein Angebot vorgelegt. Die Prüfung der eingereichten Angebote ergibt bei den zwei ausgeworfenen und vergleichbaren Varianten folgendes Ergebnis:

Variante 1 – Ostseite (2 Elemente mit automatischen Schiebetüren)
 Nordseite (2 Elemente mit manuellen Drehflügeltüren)
 Westseite (1 Element mit automatischer Schiebetür)

- 1.) Fa. Strussnig, Einöde netto € 25.860,39 incl. 3% Nachlass - 3% Skonto möglich
- 2.) Fa. Wilhelmer, Kolbnitz netto € 29.288,45 incl. 15% Nachlass - 5% Skonto möglich

Variante 2 – Ostseite (1 Element mit automatischer Schiebetür u. 1 Element mit Nurglastür)
 Nordseite (1 Element mit manueller Drehflügeltür u. 1 Element mit Nurglastür)
 Westseite (1 Element mit automatischer Schiebetür)

- 1.) Fa. Strussnig, Einöde netto € 23.525,60 incl. 3 % Nachlass - 3 % Skonto möglich
- 2.) Fa. Wilhelmer, Kolbnitz netto € 25.853,60 incl. 15 % Nachlass - 5 % Skonto möglich

Die Variante 1 mit automatischen Schiebe- und manuellen Drehflügeltüren wäre zu bevorzugen, wobei die Außenelemente in weißem Farbton den Fenstern angepasst ausgeführt werden könnten.“

Wie Vizebürgermeister Ing. Gradnitzer ergänzt, ist die bessere Variante 1 auch vom Bauausschuss sowie vom Gemeindevorstand bevorzugt und zur Beschlussfassung empfohlen worden. Rücksichtnahme auf den täglichen Betrieb und Augenmerk auf den barrierefreien Zugang, sprechen eindeutig dafür. Auch vom Ausschussobmann, GR Thomas Stefan, wird dies in einer Wortmeldung unterstrichen. Es kommt dabei auch die Problematik der offenbar derzeit herrschenden Dumping-Preis-Politik der Fa. Strussnig zur Sprache, die der Gemeinde zwar unmittelbar nutzt, den örtlichen Anbieter, die Fa. Wilhelmer, aber leider fast chancenlos macht. Trotz des Preisunterschiedes muss – so der Referent auf Anfrage – davon ausgegangen werden, dass Ausführung und Material absolut gleichwertig sind (Ausschreibungsunterlage kam von Fa. Wilhelmer). Zur Frage der Brutto-/Nettoverrechnung hält der Referent auch fest, dass das Gebäude ja eine gemischte Nutzung (47 % Wohnteil mit und 53 % Amtsteil ohne Vorsteuerabzug) aufweist.

Nach Abschluss der Debatte stellt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer auch den Antrag, der Gemeinderat möge der vorliegenden Empfehlung folgen und die Sanierung der Portale (Variante 1) umsetzen. Die Vergabe soll an den Bestbieter, das ist die Fa. Strussnig mit einer Netto-Vergabesumme von € 25.860,39, erfolgen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erinnert, dass der Kauf des alten Postamtsgebäudes im August des Vorjahres einstimmig beschlossen worden ist und schon damals auch die Schaffung einer „Einsatzzentrale“ im Gespräch war. Im Anlassfall könnten dann Bergrettung, Feuerwehr, Polizei und Rotes Kreuz das Objekt gemeinsam nutzen. Jetzt geht es darum, das Gebäude definitiv der Bergrettung zur Nutzung zuzuerkennen. Erst danach sollen die Modalitäten des

Vertrages festgelegt werden. Es gab über die Nutzung und Beitragsleistung durch die Bergrettung bereits Gespräche mit der Vereinsführung. Demnach kann die Ortsstelle einen Betrag von € 50.000,-- für notwendige Adaptierungs- und Verbesserungsarbeiten selbst aufbringen (€ 40.000,-- vom Landesverband und € 10.000,-- Eigenmittel). Zentrales Thema ist natürlich die Beitragsleistung der anderen Einsatzgemeinden (Mühldorf, Sachsenburg, Lurnfeld). Diese sollten – so der Plan – eigentlich für die laufenden Betriebskosten aufkommen und unsere Gemeinde (die ja den Ankauf finanziert hat) in einem gemeinsamen Finanzierungsmodell entlasten. Es liegt auch ein Angebot der Nahwärme Kolbnitz für den Anschluss des Objekts vor, welches noch zu prüfen sein wird.

In der Diskussion meldet sich GR Ing. Johann Paul Unterweger zu Wort. Er erinnert sich, dass eigentlich schon bei der Beschlussfassung zum Kauf die grundsätzliche Bereitschaft vorhanden war, das Gebäude der Bergrettung zur Nutzung zu überlassen. Nachdem jetzt doch einige Monate verstrichen sind, hätte er eigentlich erwartet, dass mit den weiteren beteiligten Standortgemeinden unserer Ortsstelle (Mühldorf, Sachsenburg und Lurnfeld) bereits ein Modell erarbeitet worden sei und heute schon die Entscheidung über einen definitiven Miet-/Nutzungsvertrag fallen sollte. Er meint, dass in dieser Sache mehr Tempo geboten wäre. Dazu meint der Vorsitzende, dass keine Eile angesagt ist. Die Dinge sollten wohl überlegt und die Kostenbeteiligung mit den anderen Gemeinden geklärt werden. Auch eine exklusive Nutzung sei ja noch nicht definitiv bestimmt. Es erhebt sich die Frage, ob die Bergrettung wirklich alle Räume auf beiden Ebenen ständig benötigt oder andere Nutzungen (Garagenraum/Untergeschoss) noch berücksichtigt werden können. Heute sollte nur die Grundsatzentscheidung fallen, dass das ehemalige Postamtsgebäude der Bergrettung zur Nutzung überlassen werden soll. Die Details sind dann – wie schon angeführt – zu regeln und ein Mietvertrag abzuschließen. Dabei sollte sich die Gemeinde gewisse Optionen freihalten. Natürlich muss für den Fall einer Kündigung/Beendigung des Mietverhältnisses auch eine klare Regelung darüber getroffen werden, wie getätigte Investitionen abzulösen sind.

Auf Nachfrage von GR Stefan Burger, ob die Garagen jetzt nicht Teil des Mietvertrages sein sollen, erklärt der Vorsitzende, dass die Gemeinde jetzt noch freie Dispositionsmöglichkeiten habe. Der Raumbedarf soll dann im Detail abgeklärt werden.

Nach Ende der Beratung stellt der Bürgermeister selbst den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den Beschluss fassen, das ehemalige Postamtsgebäude der Bergrettung Kolbnitz zur Nutzung zu überlassen. Die Details der Vermietung sind in einem eigenen Vertrag fixieren, der dann noch der Zustimmung des Gemeinderates bedarf.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag in allen Punkten einstimmig an.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass die Abgeltung an die Familie Hofer-Moser vlg. Kirchheimer für die Bereitstellung der Quelle und Sicherung des Quellschutzgebietes für die WVA Napplach, Gappen und Siedlung Penk seit Jahrzehnten ein Thema darstellt, welches bis heute nicht endgültig geregelt ist. Die Referenten der letzten Jahre haben sich um eine Lösung bemüht und es herrscht jetzt eigentlich Einigkeit darüber, sich mit dem Besitzer, Herrn Gunter Hofer-Moser, wie folgt zu einigen:

Die Gemeinde erhält die ungeschmälernten Rechte an der genutzten Quelle sowie das uneingeschränkte Zufahrts- und Zugangsrecht zum eingezäunten Quellschutzgebiet (auch durch den anteilmäßigen Besitzer Paul Ebner bestätigt). Herr Hofer-Moser verpflichtet sich zudem, das engere Quellschutzgebiet freizuhalten. Als Gegenleistung wird Herrn Gunter Hofer-Moser und dessen Rechtsnachfolgern der immerwährende unentgeltliche Bezug von Nutzwasser – und zwar ausschließlich für landwirtschaftliche Zwecke (Stallgebäude) – eingeräumt. Dieser freie Wasserbezug ist mit 1.300 m³ pro Jahr limitiert und nicht auf das Wohngebäude übertragbar.

Diese Lösung wird sowohl vom Bürgermeister als auch von den beiden Vizebürgermeistern, die in der Zeit ihrer Zuständigkeit auch mit dem Thema befasst waren, als faire Lösung für beide Seiten bezeichnet. Damit gäbe es auch Rechtssicherheit und man würde einer allenfalls entstehenden gerichtlichen Auseinandersetzung, deren Ausgang ungewiss ist, ausweichen.

Das Ersatzmitglied Dir. Ing. Herma Hartweger stellt dazu die Frage, warum Herr Hofer-Moser, nachdem die Quelle aus seinem Besitzstand kam, eigentlich nicht den uneingeschränkten Wasserbezug (also ohne Limit und auch für das Wohngebäude) einfordert. Zum Verständnis erläutert Vizebürgermeister Hans Werner Rindler, dass die Übertragung der Quelle in den 60er Jahren durch den Großvater des heutigen Besitzers erfolgt war. Als Gegenleistung hat damals die Gemeinde die Leitung zum Anwesen vgl. Kirchheimer hergestellt. Die Bezahlung von Wasserzins war damals kein Thema. Erst in den Folgegenerationen, als die Familie plötzlich für „ihr eigenes Wasser“ zahlen sollte, gab es unterschiedliche Auffassungen und bis dato keine befriedigende Lösung. Mit der Festlegung und Einzäunung des Quellschutzgebietes, bei der sich – wie der damalige Referent Vizebürgermeister Ing. Gradnitzer bestätigt – Gunter Hofer Moser auch noch persönlich engagiert hat, kam die alte Diskussion erneut auf. Die Freimenge von 1.300 m³ stellt einen guten Jahreschnitt für den Verbrauch im Stall dar und wurde im Einvernehmen fixiert. Eine Ausweitung auf das Wohngebäude stand nicht zur Diskussion.

Nach Ende der Diskussion und Aufklärung des Sachverhalts stellt der Bürgermeister selbst den Antrag, der Gemeinderat möge den erarbeiteten und vom Gemeindevorstand empfohlenen Vorschlag beschließen. Als Gegenleistung für die seinerzeitige Überlassung der Quelle, die Einräumung des uneingeschränkten Zufahrtsrechts zu Quelle und Quellschutzgebiet sowie die Verpflichtung zur Freihaltung des inneren Quellschutzgebietes, wird Herrn Gunter Hofer-Moser und dessen Rechtsnachfolgern der immerwährende unentgeltliche Bezug von Nutzwasser aus der GWVA – und zwar ausschließlich für landwirtschaftliche Zwecke (Stallgebäude) – eingeräumt. Dieser freie Wasserbezug ist mit 1.300 m³ pro Jahr limitiert und nicht auf das Wohngebäude übertragbar.

Der Antrag wird vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Nun berichtet der Vorsitzende, dass der erste Bauteil des Brunnens im sogenannten Hippiepark abgeschlossen ist und im zweiten Teil eine begleitende Gestaltung und Bepflanzung der Anlage vorgesehen ist. Insgesamt werden – bis zur Fertigstellung der Anlage – unter Einrechnung von Sachleistungen und Spenden rund € 40.000,-- an Kosten anfallen. Der erste Bauteil ist ausfinanziert, auf den Bauteil II, der 2013 umgesetzt wird (Bepflanzung, Schaffung

einer Ruhezone, beleuchteter Gehweg), entfallen Kosten in der Größenordnung von fast € 11.000,--. Abzüglich der Eigenleistungen und einer Zusage von NOVICUS in Höhe von € 2.000,-- besteht jetzt noch eine Finanzierungslücke in Höhe von € 8.500,--. Dieser Betrag soll aus den regionalen Mitteln des Fonds zur Förderung der Wasserkraft in Oberkärnten aufgebracht werden. Der Gemeinde stehen aus dem Fonds für heuer noch rund € 14.000,-- an unverbrauchten Mitteln zu.

In der Beratung herrscht Einigkeit darüber, die Brunnenanlage im gewünschten Ausmaß zu unterstützen und den Förderungsantrag beim Fonds zur Förderung der Wasserkraftregion in Oberkärnten einzubringen. Es liegt auch eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes vor.

Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer stellt dazu den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung folgen und dem Antrag des Verschönerungsvereines stattgeben. Es soll daher umgehend ein entsprechender Förderungsantrag beim Fonds zur Förderung der Wasserkraft in Oberkärnten eingebracht werden. Die beantragte Förderungshöhe beträgt € 8.500,--.

Der Antrag wird vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende erteilt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler das Wort. Dieser erinnert daran, dass bekanntlich bereits im August 2012 vom Gemeinderat „Grünes Licht“ für Verbesserungsmaßnahmen im Kindergarten gegeben wurde. Die Reparatur des Daches und die schadhafte Türen in den Gruppenräumen stehen aber noch immer für eine Lösung an. Dass diese Maßnahmen überfällig sind, zeigt auch der Umstand, dass Kindergartenleiterin Andrina Brunner heute im Zuhörerraum anwesend ist. Die genauere Erhebung der Schäden und die verschiedenen Varianten haben einige Zeit in Anspruch genommen und es ergibt sich jetzt mit einer besseren Lösung für die Gruppenräume auch ein geringfügig höherer Investitionsbedarf. Der Rahmen war ja vom Gemeinderat mit € 20.000,-- vorgegeben worden. Während die Dachsanierung mit rund € 5.000,-- bis € 6.000,-- im vorgegebenen Rahmen bleibt, erscheint die Ausbesserung der Glaselemente (Bestbieter Fa. Holz Design Egger mit € 5.157,80) nicht zweckmäßig, weil nach und nach auch andere Folgeschäden auszubessern sein werden. Aus diesem Grund wurde die Generalsanierung der gesamten Fix- und Türelemente bei den Gruppenräumen in der Ausführung ALU ausgeschrieben. Die Firma Wilhelmer hatte leider auf eine Angebotslegung verzichtet (Hinweis auf Preisbrecher Strussnig) und erst nachträglich ein Offert gelegt, welches aber deutlich über jenem der Fa. Strussnig liegt (Bruttosumme Wilhelmer: € 23.160,--). Deshalb kann sich der Gemeinderat wohl nur der Empfehlung des Gemeindevorstands anschließen und die Vergabe an den Bestbieter, das ist die

Fa. Strussnig, Einöde mit einer Auftragssumme von € 18.419,14 inkl. MwSt.
(3 % Nachlass sind schon eingerechnet)

vornehmen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Fa. Strussnig bei Vergabe beider Aufträge (Portale Gemeindeamt und Glaselemente Kindergarten) bereit ist, sogar einen Nachlass von 5 % zu gewähren. Auf Anfrage von GR Thomas Stefan, warum bereits wiederholte Male eingeladene Bieter keine Angebote legen, erklärt der Vorsitzende, dass dieses Phänomen auch

im Bereich der VERBUND AG wiederholt festzustellen ist. Obwohl es dabei oft um große Aufträge geht, findet sich nur ein Bieter. Dies sei wohl auf die Dumpingpreispolitik einzelner marktbeherrschender Firmen zurückzuführen.

Auf Antrag von Vizebürgermeister Hans Werner Rindler fasst der Gemeinderat schließlich den einstimmigen Beschluss, den Auftrag an die Fa. Strussnig aus Einöde mit einer geprüften Brutto-Vergabesumme von € 18.419,14 inkl. MwSt. (mit 3 % Nachlass) zu vergeben.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt neuerlich Vizebürgermeister Hans Werner Rindler das Wort. Dieser erklärt, dass das Budget für Straßenbaumaßnahmen mit dem Nachtragsvoranschlag etwas aufgebessert wurde. Heute geht es um eine definitive Bauentscheidung sowie eine Vorschau auf die zweite vorgesehene Maßnahme (Gehweg B 106).

Die umzusetzende Maßnahme ist die Asphaltierung des öffentlichen Weges vom Haus Berger, Polan 1, bis zur Einfahrt Eder Franz und Daniela. Auf Grundlage des vorliegenden Angebotes der Fa. STRABAG würden dafür Kosten in Höhe von € 11.500,-- inkl. MwSt. anfallen. Dieser Preis ist allerdings für die Länge bis zur Einfahrt ins Grundstück Franz Berger kalkuliert. Vom Gemeindevorstand wurde dazu vorgeschlagen, diesen Weg von der sogenannten „Siedlungsstraßen-Lösung“ auszuklammern, weil es bereits öffentliches Gut ist, keine Sackgasse darstellt und auch eine gemischte Nutzung erfolgt. Allerdings soll die Asphaltierung nur bis zum Ende der Wohnbebauung, also bis zur Einfahrt Eder erfolgen. Dadurch sollten sich die Kosten – umgelegt auf die Weglänge – um rund ein Drittel verringern. Man kann daher von Nettoherstellungskosten in der Höhe von maximal € 7.000,-- ausgehen.

Wie der Referent weiter ausführt, steht auch die Asphaltierung des neuen Gehweges Polan-West entlang der Mölltalbundesstraße, bis zur Einfahrt Bugelnig/Strasser an. Die Kosten dafür betragen laut Anbot der Fa. STRABAG fast exakt € 20.000,-- inkl. MwSt. Die Herstellung des Unterbaues für die fehlende Restlänge muss davor noch erfolgen, ist aber praktisch kostenneutral. Der Aufwand dafür kann nämlich annähernd mit der noch im Vorjahr von LR Waldner erteilten Zusicherung in Höhe von € 10.000,-- abgedeckt werden. Für die Gemeinde bleibt somit ein echter Aufwand von € 20.000,-- für die Fertigstellung der Reststrecke bis zur Einfahrt Bugelnig/Strasser einschließlich Asphaltierung. Der Bürgermeister hat aber in der Zwischenzeit mit dem neuen Straßenbaureferenten LR Gerhard Köfer Kontakt aufgenommen. Es ist ein Gemeindebesuch angekündigt worden und der Bürgermeister möchte eine zusätzliche Unterstützung vom neuen Landesrat erhalten. Hier sollte das Ergebnis der Gespräche bzw. die allfällige Finanzierungszusage abgewartet werden.

Sowohl vom Finanzreferenten als auch vom Bürgermeister wird im Zuge der Beratung die Problematik der jetzigen Gehwegsituation angesprochen. Der unbefestigte Weg wurde im Winter mit der Fräse geräumt und so ist loses Material von Bruchasphalt in die darunterliegende Wiese der Familie Weichselbraun gelangt. Diese Verunreinigung hat einigen Unmut verursacht.

Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer regt an, um keine Verzögerung bei den Bauarbeiten zu verursachen, heute beide Auftragsvergaben vorzunehmen. Bei der Siedlungsstraße Berger – Eder ist der Sachverhalt klar und beim Gehweg sollte der Beschluss so gefasst werden, dass der Auftrag für die Errichtung und Asphaltierung erteilt wird, wenn von LR

Gerhard Köfer eine Unterstützung in der Höhe von zumindest € 10.000,-- gewährt werden sollte. In der Beratung findet diese Anregung die volle Zustimmung.

Nach Ende der Diskussion stellt daher Vizebürgermeister Hans Werner Rindler den Antrag, der Gemeinderat möge der Fa. STRABAG den Auftrag für die Asphaltierung der Siedlungsstraße Berger – Eder mit einem Nettoauftragsvolumen von € 7.000,-- erteilen. Die Fertigstellung und Asphaltierung des Gehweges an der Mölltalbundesstraße B 106 bis zur Einfahrt Bugelnig/ Strasser soll unter der Auflage vergeben werden, dass von LR Gerhard Köfer eine Unterstützung in der Höhe von zumindest € 10.000,-- für die Maßnahme bereitgestellt wird.

Der Antrag wird vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt Referent Ing. Michael Gradnitzer das Wort. Der Vizebürgermeister berichtet, dass der Austausch der Filterpumpe im Nichtschwimmerbecken längst ansteht und man sich nur mit Mühe über die letzte Saison gerettet habe (Lagerschaden). Er hält auch fest, dass die neue Pumpe jedenfalls auch bei einer großen Sanierung des Schwimmbades weiter Verwendung finden würde und daher keine verlorene Investition darstellt. Die eingeholten Angebotssummen (Nettosummen) lauten wie folgt:

Fa. Canimar, Spittal/Drau	€ 9.377,94
Fa. Gregoritsch, Napplach	€ 11.017,50
Fa. BWT, Graz	€ 13.251,80

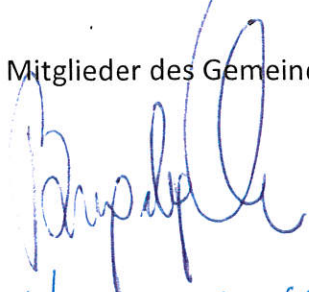
Nach der Vergabeempfehlung durch den Gemeindevorstand hat er mit dem Bestbieter, der Fa. Canimar nochmals eine Nachverhandlung geführt und erreicht, dass an Stelle des üblichen Skontos von 2 % nunmehr eine Sonderkondition mit 5 % Skonto gewährt wird. Bei sofortiger Bezahlung verringert sich daher der Nettobetrag beim Bestbieter Canimar auf € 8.909,04.

Der Sachverhalt ist klar und es liegt eine Empfehlung des Gemeindevorstandes vor. Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer stellt daher selbst den Antrag, den Lieferauftrag für die Filterpumpe an die Fa. Canimar als Bestbieter mit einer Nettoauftragssumme in Höhe von € 8.909,04 (dabei sind 5 % Skonto berücksichtigt) zu vergeben.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dankt der Bürgermeister fürs Erscheinen und die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 22.25 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:


Heinzerdu Elke

Der Schriftführer:



Der Bürgermeister:

